

Plenarprotokoll

92. Sitzung

Freitag, 19. Juni 2015

Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte
Europabericht 2014-2015 7803

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2976

Angelika Beer [PIRATEN] 7811

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesen jährlichen europapolitischen Debatten überlege ich mir immer: Wenn du als Fünfter zu reden anfängst, was sollst du dann eigentlich noch sagen? - Ich überlege mir dann immer die Brücke zu dem, was die Menschen, die uns zuhören, vielleicht gerade bewegt. Da kann man nur sagen: Europa scheint immer mehr in schlechter Verfassung zu sein. Ein Bericht wie der unsere - ich schließe mich dem Dank an - zeigt: Wir sind zwar nur ein kleines Stück Europa, aber Schleswig-Holstein nimmt die Aufgaben ernst. Wir versuchen in allen Bereichen, das Gute von diesem Europa, das uns so wichtig ist, zu verbessern und zu stärken. Ich finde, das ist eine Herausforderung.

An der Stelle will ich mich auch bei den Kollegen die Zusammenarbeit im Europaausschuss bedanken - bei allen Differenzen, die wir manchmal haben. Es ist entscheidend, dass wir in wichtigen Punkten, wenn es etwa, wie vorhin, um den ländlichen Raum oder, wie beim letzten Mal, um die Flüchtlingspolitik Europas geht, gemeinsame Positionierungen finden. Ich denke, das stärkt vielleicht auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger - nicht nur in die Landespolitik, sondern auch in das Gute von Europa, das wir wahren und schützen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe nur auf einige Bereiche ein. Wir haben im vergangenen Jahr sehr intensiv über die Versuche diskutiert, mehr Bürgerinnen und Bürger zur **Europawahl** zu bekommen und die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Ganz erreicht haben wir unser Ziel mit 43,3 % nicht. Aber ich denke, dass wir schon jetzt anfangen sollten, zu überlegen, wie wir das im Hinblick auf die nächsten Wahlen verbessern können. Denn die Negativschlagzeilen - bis auf die Maut, da gebe ich Herrn Dr. Klug durchaus recht - sind weit übergreifend.

Für viele Bürgerinnen und Bürger sind die Europäische Union und ihr Parlament total weit weg. Sie sehen ihre Bedürfnisse vor Ort nicht widergespiegelt. Es dauert alles zu lang und wird zu wenig berücksichtigt. Oft wird kritisiert - ich muss sagen: zu Recht -, dass diese europäische Politik zu intransparent ist und dass man sie in weiten Teilen nicht nachvollziehen kann. Als wir diese Woche Subsidiarität im Hinblick auf die Verordnungen zu Möglichkeiten der Anpflanzung genveränderter Pflanzen geprüft haben, ist mir aufgefallen, dass man, wenn man sich so etwas als Nichtjurist durchliest, schlichtweg sagen muss: Sorry, was machen die da eigentlich? - Ich denke, auch da ist Verbesserung dringend notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen – auch das ist ein Teil des Berichtes - sollte sich die Europäische Union weiterhin wirklich ernsthaft Gedanken über die **künftige Rolle der nationalen Parlamente** machen. Damit meine ich ausdrücklich auch die Landesparlamente. Wir haben zwar den Ausschuss der Regionen, aber die Europäische Union braucht uns als Mittler, um den Bürgerinnen und Bürgern die europäische Politik verständlich zu machen und nahezubringen, gerade mit Blick auf die zunehmenden europaskeptischen und **rechtspopulistischen Parteien** in einigen EU-Ländern und die vor zwei Tagen neu gegründete rechte Fraktion um Marie Le Pen. Denn das heißt: mehr Geld, mehr Macht für Rechtsextremisten, Ausländerfeinde und Anti-EU-Positionen. Das kann uns nicht ruhen lassen.

Ich will das nicht gleichsetzen, aber das **Wahlergebnis in Dänemark**, unserem Nachbarland, mit dem uns so viel verbindet, macht mich schon ausgesprochen besorgt.

Wir haben den Wahlkampf verfolgt. Es ging gegen Ausländer. Die Fragestellung war, wie die Mittel im Land ausgegeben werden, ob das, was in Dänemark gerade für Flüchtlinge ausgegeben wird, nicht viel besser genutzt werden kann, um den Wohlstand zu verbessern. Das ist schwer erträglich für uns mit unserer Überzeugung. Ich denke, dass wir ganz erhebliche Anstrengungen auch im Bereich der Zusammenarbeit mit Dänemark erbringen sollten, diejenigen Kräfte zu stärken, die sich auf diesen rechtspopulistischen Weg nicht einlassen wollen.

Ansprechen möchte ich auch kurz **TTIP**, obwohl es hier bereits genannt worden ist. Für die Menschen hier bei uns ist es ein Problem, wenn diese Verhandlungen völlig intransparent über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg geführt werden. Da hilft es auch nicht, wenn ein Grüner auf einmal Positionswechsel betreibt und sagt: Das kann man doch alles so machen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht ernst genommen.

- Ich habe es verstanden. Dazu kenne ich die Grünen gut genug. Das ist ein Positionswechsel. Tarek Al-Wazir äußert sich oft genug. - Dennoch werden die

nationalen Parlamente und auch wir nur zögerlich informiert. Die Bürgerinnen und Bürger sind in diesen Prozess nicht eingebunden.

Zum Thema **Flüchtlinge**. Vielleicht ist es sogar die größte gesellschaftliche Herausforderung Europas, wenn es jetzt um die Bewältigung der zunehmenden Flüchtlingsströme geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, morgen ist der Weltflüchtlingstag. Nach den aktuellen Zahlen haben wir schätzungsweise 60 Millionen Flüchtlinge. Wir wissen - das haben wir diese Woche im Rahmen des Nachtragshaushalts diskutiert -, dass es mehr werden, auch für Schleswig-Holstein.

Es kann nicht sein, dass wir es zulassen, dass die EU nur noch Abschottungspolitik betreibt. Sie sagt zwar, sie möchte ein Migrationskonzept, eine Strategie erstellen, sie sagt, sie möchte gerechter verteilen, aber gerade in der Flüchtlingspolitik in den jüngsten Debatten ist es die Renationalisierung, die dem im Wege steht. Die Mitgliedstaaten der EU sind nicht bereit, gemeinsam eine solidarische Flüchtlingspolitik zu gestalten.

Ich hoffe, dass die Signale, die aus Schleswig-Holstein geschickt werden, vielleicht doch noch den einen oder anderen Positionswechsel durchsetzen können. Denn die Entwicklung der Europäischen Union geht genau in die falsche Richtung. Wir brauchen starke Bündnispartner.

Wir wissen doch, dass Migration immer ihre eigenen Wege findet. Wir wollen verhindern - dazu haben wir hier einen Konsens -, dass diese Menschen auf dem Weg der Hilfe im Mittelmeer untergehen, und das ist unsere Herausforderung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. - Ich habe noch eine Bitte, die ich noch gern erwähnen möchte. Ich würde mich sehr freuen, wenn dafür die Forderung der FUEV nach einem EU-Kontaktausschuss als Schnittstelle der Minderheiten in Brüssel Realität wird, und wir das diskutieren und möglichst auch unterstützen. Das sind Antworten auf die Grenzschießungen Ungarns in Richtung Serbien. Wir haben die Möglichkeiten. - Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie sich dafür einsetzen. Ich denke, wir werden mit unserer Stimme dann auch weiterhin laut zu vernehmen sein.

Beschluss:

Überweisung an den Europaausschuss und alle weiteren Ausschüsse des Landtags zur abschließenden Beratung 7817

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2976 federführend dem Europaausschuss, mitberatend allen anderen Ausschüssen zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.